

CDU/CSU-Landtagsfraktionen



Wissenschaftspolitische Sprecherinnen und Sprecher

„Den Koalitionsvertrag auf Bundesebene umsetzen!“

Entbürokratisierung im Wissenschaftsbereich grundlegend angehen - Schnellbauinitiative in den Bundesetats ab 2026 verankern

„Mehr Zeit für Forschung Lehre und weniger Bürokratie!“ Zu diesen Zielen haben sich die wissenschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Unionsfraktionen in den Bundesländern heute in München bekannt.

Die Entbürokratisierung im Wissenschaftsbereich, die im Koalitionsvertrag angekündigt wurde, dürfe nun angesichts der Fülle der Agenden nicht in den Hintergrund treten. (Zeile 2497: „Wir bauen Bürokratie zurück und denken Prozesse von Grund auf neu.“)

Realität ist, dass viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bundesweit wegen stetig wachsender Antragserfordernisse zur Gewinnung von Drittmitteln mit der Formulierung von Anträgen (etwa an die DFG, BMBF oder den ERC) einen Gutteil ihrer kostbaren Arbeitszeit verbringen. Diese Zeit stehe den Forscherinnen und Forschern dann nicht mehr für ihre eigentlichen Aufgaben zur Verfügung: „Forschung, Lehre und Transfer!“ Bei vielen Antragsformaten müssten inzwischen auch Fragenkataloge von eher wissenschaftsfernen Themen abgehakt werden – von der Nachhaltigkeit bis hin zur Gleichstellung.

Die wissenschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher plädieren daher für eine radikale Verschlankeung von Antragsformaten, eine Konzentration auf die wissenschaftsgeleiteten Fragen sowie einen Rückbau von Forschungsbürokratien. Hier liege auch ein nicht zu vernachlässigendes Einsparpotential.

Mit Blick auf solche Fehlentwicklungen war im Koalitionsvertrag auch angekündigt worden, die Exzellenzstrategie mit Blick auf eine neue Förderperiode zu evaluieren (2486ff.) Insgesamt leuchtet es den wissenschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprechern nicht ein, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler viele Ressourcen in das Formulieren von Anträgen stecken müssten und nach den Ergebnissen der Drittmittelprojekte am Ende der Förderperiode dann kaum noch jemand frage. Der Grund: Bei Auslaufen der Finanzierung und Ablauf der Förderzeit seien schon wieder neue Anträge zu formulieren. Die Sprecherinnen und Sprecher fordern daher: Es muss Schluss sein, mit der Antragsmühle. Beim Umbau der Forschungsförderung in Deutschland dürfe es keine Tabus geben.

WissZeitVGesetz

Deutschland muss auch künftig attraktiv für Spitzenforschung aus dem In- und Ausland bleiben – für qualifiziertes Personal an Hochschulen, in Forschungseinrichtungen, in der Wirtschaft und für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz soll dafür neue Impulse setzen.

Klar ist: Eine flächendeckende Entfristung von Doktoranden- und Postdoc-Stellen würde Chancen für die nächste Generation blockieren. Diese Qualifikationsstellen sind bewusst als Durchlaufstationen angelegt – zur Professionalisierung, zum Erwerb wissenschaftlicher Erfahrung und als Sprungbrett in Wirtschaft, Forschung oder andere gesellschaftliche Bereiche. Nur so bleibt das System dynamisch, fair und zukunftsfähig. Mehr Fluktuation schafft zudem Raum für Innovation und verhindert die Blockade von Stellen durch Dauerbeschäftigungen.

Schnellbauinitiative!

Die Sprecherinnen und Sprecher thematisierten in ihren Länderberichten aber auch das Problem eines fehlenden Bauunterhalts bei den Hochschulen. In allen Bundesländern besteht ein erheblicher Sanierungsstau. Daher sei es unumgänglich, in den kommenden Bundeshaushalten erhebliche Mittel für die Sanierung von Hochschulen bereitzustellen. Die im Koalitionsvertrag angekündigte Schnellbauinitiative (2463) muss in den kommenden Bundeshaushalten mit erheblichen Summen (etwa auch aus „Sondervermögen“) hinterlegt und umgesetzt werden. Darin waren sich die Sprecherinnen und Sprecher beim Treffen in München einig. Bund und Länder müssten es den Hochschulen außerdem ermöglichen, schneller, kostengünstiger und unbürokratischer zu bauen. Hierzu wollen sich die Hochschulpolitikerinnen und Hochschulpolitiker mit gelungenen Baumaßnahmen des Hochbaus im Hochschulbereich intensiver befassen und enger untereinander abstimmen.

Künftige Leistungsträger fördern!

Die Unionssprecher bekennen sich klar zur Förderung künftiger Leistungsträger. Die Sprecherinnen und Sprecher begrüßten einhellig, dass Bundesministerin Dorothee Bär eine BAföG-Reform für das Jahr 2026/27 angekündigt hat. Wichtig sei, dass nun eine umfassende Reform gelinge. Der Ampelkoalition sei hier allenfalls ein „Reförmchen“ geglückt!

Auch den Begabtenförderungswerken und deren breitem Angebot an Stipendien, von der Hochschul-, der Universitäts- bis hin zur Promotionsförderung kommt bei der Förderung des leistungsstarken Nachwuchses eine ganz zentrale Rolle zu. Deshalb muss gerade dieser Bereich finanziell besser ausgestattet werden, um Deutschlands beste Köpfe optimal zu fördern und im Lande zu halten.